

# STADTSTAAT BASEL

Ein Zukunftsfonds als Chance

Weiterbildung für Politik, Universität St. Gallen

Betreuer Prof. em. Franz Jaeger

16. Februar 2018

5791 Wörter

Oliver Thommen, Uhlandstrasse 6, 4053 Basel

[mail@oliverthommen.ch](mailto:mail@oliverthommen.ch), 079 256 80 86

## **Zusammenfassung**

In der letzten Dekade wurde aus Basel-Stadt ein Vorzeigekanton: wirtschaftlich erfolgreich, finanziell gesund und in zahlreichen Bereichen wie der Sozial- oder Umweltpolitik gar zum Teil wieder in einer Pionierrolle. Durch die Verstärkung der Schweiz und die Vernetzung der Wirtschaft wurden gleichzeitig die Interdependenz mit den regionalen Partnern verstärkt. Basel-Stadt ist ein Stadtstaat, der innerhalb der Schweiz sowohl als Kanton als auch als Gemeinde aufgestellt ist. Dabei hat er wechselseitige Beziehungen zu seinem Umland sowie zum Bund. Insbesondere die Partnerschaft mit Baselland hat sich eng verzahnt und war bis anhin relativ erfolgreich. In den letzten Jahren kam es in diesem Bereich aber immer wieder zu Auseinandersetzungen und Basel-Stadt verlor zusehends Handlungsoptionen.

Die Arbeit schlägt deshalb in Rückgriff auf Luhmanns Systemtheorie vor, einen Zukunftsfonds analog zu demjenigen Norwegens zu bilden. Damit sollen in Jahren mit positiven Abschlüssen über 100 Millionen Franken...

- ... erstens partnerschaftliche Geschäfte nach Bedarf finanziert werden.
- ... zweitens die Regierung und der Grosse Rat einen Teil für die Bestreitung des Budgets benützen können.
- ... drittens die Bevölkerung neue Planungsinitiativen lancieren können, welche keine Verfassungs- oder Gesetzesänderungen zum Ziel haben, sondern die Finanzierung eines konkreten Projektes.
- ... viertens mindestens die Hälfte des Fonds soll für zukünftige Generationen gespart werden und nachhaltig angelegt werden.

## **Vorwort**

In der täglichen Arbeit bin ich immer wieder mit Problemen konfrontiert, die nach längerfristigen Antworten verlangen. Jedoch ist der politische Betrieb durch seine Miliz-Prägung hektisch und erlaubt wenig Reflektion, ausgenommen in den noch hektischeren Zeiten von grösseren Wahlkampagnen.

Dennoch muss eine sachorientierte Entscheidungsfindung gewährleistet werden, die sowohl die nötigen Kompromisse zur strukturellen Aufrechterhaltung des demokratischen Parlamentarismus möglich macht, ohne dabei aber am politischen Profil zu verlieren.

In diesem Sinne soll diese Arbeit einen tieferen Gedankengang wagen und neue Denkanstösse auslösen.

Die Erarbeitung der Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung von Anina Ineichen und hätte an Gehalt verloren ohne die sachdienlichen Hinweise von Jürg Stöcklin. Nicht zuletzt sei auch Prof. em. Franz Jaeger und Tobias Trütsch für die wohlwollende Betreuung herzlich gedankt.

Basel, 13. Februar 2018

Oliver Thommen

## **Inhalt**

Zusammenfassung .....	1
Vorwort .....	2
Einleitung .....	4
Herausforderungen des Stadtstaats Basel .....	8
Verhältnis zum Bund .....	9
Verhältnis zum Umland .....	9
Innerhalb von Basel-Stadt.....	9
Herausforderungen für Basel .....	10
Zentrum.....	14
Bildung.....	14
Kultur .....	14
Lösungsansätze .....	16
Wiederherstellung von Differenz .....	16
Nutzen der Autopoiesis.....	17
Erhaltung der Operationen.....	18
Finanzierung von partnerschaftlichen Geschäften .....	19
Investitionen im laufenden Budget .....	20
Planungsinitiative .....	20
Zukunftssicherung.....	21
Ausgestaltung des Fonds .....	21
Fazit.....	23
Literaturverzeichnis.....	24
Selbstständigkeitserklärung .....	28

## **Einleitung**

Bei regionalen und eidgenössischen Themen ist in der basel-städtischen Medien- und Politlandschaft jeweils ein Aufschrei zu hören: Die Region Nordwestschweiz und ihre Bedürfnisse würden in Bern vergessen oder ignoriert und dies gelte noch vielmehr für den Kanton Basel-Stadt (Ballmer, 2017). Akzentuiert werde dieses Wahrnehmungsdefizit noch durch den missliebigen Partner «jenseits der Hülftenschanz» (Simonsen, 2017). Basel-Stadt als urbane Randregion in einer Schweiz, die lieber Bergwiesen fördert, und dabei die Bedeutung des Stadtkantons für die Region als Ganzes vergisst. Gerade die Prosperität des Kantons Basel-Stadt veranlasse die PartnerInnen zusätzlich inaktiv zu bleiben, weil die BaslerInnen doch ohnehin alles selbst finanzieren könnten (Abrecht, 2018).

Basel-Stadt trifft auf den ersten Blick das klassische Schicksal eines Stadtstaats. Als Stadtstaat kann eine Stadt bezeichnet werden, welche das politische Territorium, dem sie zugehört, beherrscht (Bayer & Wende, 1995). Somit wird die siedlungsspezifische Organisationsform gleichgesetzt mit der machtpolitischen Organisation (Miegl & Heyl, 2013). Der klassische Fall eines Stadtstaats ist die griechische oder phönizische Polis. Die männlichen Bürger der Polis lenkten die Geschicke der Stadt und der darüber hinaus einverleibten Gebiete: dies konnte sowohl in demokratischer Form geschehen, aber auch aristokratisch oder sogar autokratisch. Die Grösse des angegliederten Territoriums spielte dabei keine Rolle, weil sich die Macht einzig in der Polis konzentrierte. Erst Rom änderte dies in einem fast tausendjährigen Prozess zwischen dem 8. Jahrhundert vor und dem 2. Jahrhundert nach Christus. Spätestens die Verordnung von Kaiser Caracalla (Constitutio Antoniniana) schloss diesen Prozess ab, der alle freien Bürger des Imperiums zu römischen Bürgern machte (Beard, 2015). Durch das mit Rom und der christlichen Kirche entstandene monarchische Prinzip verschob sich das Machtzentrum von den Obrigkeiten der Städte hin zu Machtzirkeln. Diese blieben auch im europäischen Mittelalter sehr präsent, auch wenn spätestens im Hochmittelalter viele Städte mehr Souveränität gewannen und gerade im Heiligen Römischen Reich, sprich im heutigen Mitteleuropa, viele sogenannte Reichsstädte entstanden. Zum Beispiel Basel

kann auf diese Tradition zurückgreifen und widerstand dem frühneuzeitlichen und späteren Trend hin zu nach Nationen definierten Flächenstaaten (Hobsbawm & Ranger, 2012).

Im modernen Staatengeflecht sind Stadtstaaten eher eine Seltenheit geworden. Im eigentlichen Sinne eines souveränen Staats bestehend aus ausschliesslich einer Stadt lässt sich nur noch Singapur als solchen bezeichnen. Daneben existieren aber zahlreiche teilsouveräne Stadtstaaten wie der Vatikanstaat, Monaco oder Hongkong. Schliesslich gibt es eine Fülle von Stadtstaaten, welche innerhalb eines souveränen Staates eine Entität bilden. So sind dies neben Basel zum Beispiel Hamburg, Wien oder Moskau. Während letztere beide gleichzeitig auch als Hauptstadt fungieren und somit gleichsam Teil des (imperialen) Zentrum sind, ist Hamburg durchaus mit Basel vergleichbar. Beide sind Länder innerhalb eines föderalen Staates; haben also vor allem ihre aussen- und sicherheitspolitische Rolle und damit verbundene Politikbereiche aufgegeben und sind in allen anderen Fällen von der jeweiligen Bundespolitik abhängig, auch wenn sie diese direkt beeinflussen können (über den Ständerat, bzw. den Bundesrat oder die kantonalen Regierungskonferenzen). Beide gehören zu den Grossstädten des jeweiligen Landes und sind beide für dieses als Hafenstadt sehr bedeutend – ein Vergleich könnte in einem ausführlicheren Rahmen lohnend sein.

Stadtstaat ist konzeptuell gesehen nicht ein Paradigma an sich, sondern eine Organisationsform (Hummler & Jaeger, 2011). Die laufende Debatte, inwiefern diese Form (wirtschaftlich, gesellschaftlich oder politisch) erfolgreich ist, soll hier ausgespart werden. Ebenso ausgeklammert bleibt das Verhältnis zu Kleinstaaten wie die Schweiz einer ist, und welche aufgrund ihrer dichten Besiedelung wie ein Stadtstaat funktionieren könnten.

Vielmehr soll hier theoretisch Bezug genommen werden auf die Systemtheorie, wie sie Niklas Luhmann formuliert (Luhmann, 1987) und etwa am Beispiel der ökologischen Kommunikation aufgearbeitet hat (Luhmann, 2008). Im Wesentlichen müssen Systeme nach Luhmann eine Differenz zwischen Umwelt und System aufweisen, aus sich selbst erhalten werden können (Autopoiesis) und eine stringente Abfolge von Operationen

vollziehen können. Wird dies nun auf die Organisation eines Stadtstaates bzw. hier auf den Kanton Basel-Stadt angewendet, ergibt sich folgende Ausgangslage: Basel-Stadt kann als ein System im Sinne Luhmanns gelten, wobei hier der Kürze halber nur Beispiele der politischen Sphäre gegeben werden:

- Differenz: Basel-Stadt ist als eigenständiger (Halb-)Kanton organisiert und übernimmt somit auch hoheitlichen Funktionen.
- Autopoiesis: Der Kanton erhält sich aus sich selber, da er zum Beispiel Steuern erhebt, Infrastruktur schafft oder seine Ämter besetzt.
- Operationen: Die demokratischen Prozesse und die Verwaltungstätigkeit zeugen von der Stringenz der Operationen.

Die drei hier aufgezeigten Voraussetzungen für das eigenständige Funktionieren von Systemen sollen die im Hauptteil eruierten Herausforderungen strukturieren und für mögliche Lösungsansätze handbieten. Zunächst soll aber der Stadtstaat Basel näher beleuchtet werden und anschliessend die Herausforderungen herausgearbeitet werden. Dabei wird aufgrund des Arbeitsumfangs ausschliesslich der Innensicht des Kantons Rechnung getragen.

Das Ziel dieser Arbeit ist somit, die Frage zu beantworten, wie sich Basel-Stadt als Stadtstaat weiterhin erfolgreich positionieren und dabei möglichst grosse Handlungsfreiheit erhalten kann? In Bezug auf den theoretischen Rahmen können drei Handlungsebenen festgemacht werden, anhand derer geprüft werden soll, wie Basel-Stadt das durch seine wirtschaftliche und finanzielle vorhandene Potential besser nutzen kann, um sich unabhängiger von externen Faktoren zu machen.

Ausgangspunkt für die Analyse soll der aktuelle Legislaturplan der Regierung des Kantons Basel-Stadt und die darin enthalten Massnahmen sein (Regierungsrat Kantons Basel-Stadt, 2017). Dieser ist eine jeweils im ersten Jahr der Legislatur verabschiedete mittelfristige Planung mit den wichtigsten Politikzielen. Massnahmen können allgemein oder sehr konkret gehalten sein.

Ergänzt durch zusätzliche Berichte, Angaben des Amtes für Statistik und durch Medienartikel soll der Legislaturplan in einen zusätzlichen Kontext gesetzt werden. Im alltäglichen politischen Betrieb ist eine breite Analyse des Legislaturplans seitens der Parteien kaum möglich: einerseits durch die vielen gemeinde- und kantonpolitischen Themen, welche es zu behandeln gilt bzw. die in die Diskussion laufender oder kommender Geschäfte eingebracht werden (müssen). Andererseits sind die Wahlen bzw. der sie begleitende Wahlkampf aufgrund der demokratiepolitischen Konstellation kaum geeignet dafür. Aufgrund der geringen Ressourcen, welche die meisten Parteien aufwenden können, liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf der Kampagne und nicht in einer inhaltlichen Analyse und Positionierung. Diese wird meistens aus der Aktualität des politischen Alltags geboren. Dagegen sind grössere Interessenverbände (Handelskammer, Wirtschaftsverband, Gewerkschaften) und vor allem die kantonale Verwaltung im Vorteil. Sie verfügen über die Ressourcen solche Analysen und Positionsbezüge anzustellen und sich in ihrem Sinne zu engagieren. Deshalb soll nur auf den Legislaturplan der Wirtschaft der Handelskammer Basel-Stadt (Handelskammer beider Basel, 2017) und die Legislaturziele der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt (Grossratsfraktion SP Basel-Stadt, 2017) fokussiert werden, da sie direkt Bezug nehmen auf den regierungsrätlichen Plan oder in selber Funktion erstellt werden.



## **Herausforderungen des Stadtstaats Basel**

Basel-Stadt ist mit 37 m<sup>2</sup> der kleinste, aber am dichtesten besiedelte Kanton der Schweiz. Zudem sind die Gemeinden Basel (knapp 180'000) und Riehen (rund 20'000) die beiden grössten Städte der Nordwestschweiz (AG, BL, BS, JU, SO). In der trinationalen Agglomeration Basel leben je nach Zählung rund 800'000 bis über eine Million Menschen. Zehntausende Menschen überqueren täglich die Grenzen, um in Basel zu arbeiten. Insgesamt gibt es rund 650'000 Arbeitsplätze in der Region. Mit Novartis, Roche, Coop oder Syngenta verfügt sie über bedeutende Wirtschaftsgrössen und ist zudem Heimat des für die Schweiz zentralen Rheinhafens. Politisch gegliedert ist Basel-Stadt in die drei Gemeinden Bettingen, Riehen und Basel, wobei die Gemeindeebene von letzterer zugleich auch kantonal operiert.

Basel-Stadt hat in den letzten 15 Jahren einen Aufschwung erlebt: von einem A-Kanton (Spirgi, 2017) wurde dieser zu einem Nettozahler im Finanzausgleich (Eidgenössisches Finanzdepartement, 18), trägt wesentlich zum BIP der Schweiz bei (Statistisches Amt Kanton Basel-Stadt, 2017), hat eine breit in der Bevölkerung abgestützte energiepolitische Pionierrolle inne (sda, 2016) und ist trotz seiner Randsituation auch in den Bereich Kultur, Bildung und Gesundheitsversorgung überregional von Bedeutung. Zudem wurde die Stadt lebendiger und vielfältiger, gewann an Lebensqualität und an Grün und konnte dadurch mehr Menschen als EinwohnerInnen gewinnen, ohne grössere soziale Konflikte oder Einbussen an Sicherheit (Hofer, Bestgen, & Mittelmeier, 2016).

Zudem bestehen für die nächsten zehn Jahre positive Aussichten bezüglich der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Entwicklung: Der Finanzplan sieht permanente Überschüsse von 130 bis 155 Millionen Franken voraus (Finanzdepartement Kanton Basel-Stadt, 2018, S. 23) und bis 2035 sollen zusätzliche 30'000 Arbeitsplätze entstehen (Regierungsrat Kanton Basel-Stadt, 2017, S. 8) – dies vor allem auf grossflächigen Transformationsarealen (ehemalige Industrieflächen), die zusätzlich auch Platz für 20'000 zusätzliche EinwohnerInnen bieten können. Nichtsdestotrotz haben sich über die Jahre hinweg Spannungen entwickelt.

### *Verhältnis zum Bund*

Das Wachstum von Wirtschaft und (seit einigen Jahren auch wieder der) Bevölkerung ist ohne grösseres politisches Gewicht geblieben. Basel-Stadt stellt heute nur fünf Personen im Nationalrat und eine im Ständerat, was eine kleine Delegation darstellt und für basel-städtische Anliegen nur schwer Mehrheiten generieren kann (gegenüber Ballungszentren wie Bern oder Zürich). Erschwerend kommt hinzu, dass durch die Internationalität der Wirtschaft und der trinationalen Lage der Bund als politischer Akteur für Basel von grosser Bedeutung ist.

### *Verhältnis zum Umland*

Zweitens ist die Basel-Stadt und Baselland in den letzten dreissig Jahren zu einer Region zusammengewachsen: Während der Kanton Basel-Stadt seit Anfang des 21. Jahrhunderts prosperierte, sieht sich der Kanton Baselland in den letzten Jahren mit vielen Problemen konfrontiert und scheint sich erst jetzt wieder einigermaßen zu konsolidieren. Durch die enge Verzahnung mit dem Kanton Basel-Stadt hallen diese Probleme auch in Basel nach. Die partnerschaftlichen Geschäfte im Bereich Bildung und Kultur entgingen einer Kündigung seitens von Baselland nur aufgrund einer Zahlung von jährlich 20 Millionen während vier Jahren, ein einmaliger Vorgang (Grosser Rat Basel-Stadt, 2015). Zudem ist die basellandschaftliche Politik nicht mehr derart auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit fokussiert, was sich sowohl bei kantonalen als auch eidgenössischen Geschäften (negativ) auswirken kann (Ballmer, 2017). Nichtsdestotrotz soll hier festgehalten werden, dass das System der bisherigen Partnerschaft mit seinen über 100 Staatsverträgen bis in die letzten Jahre relativ erfolgreich war.

### *Innerhalb von Basel-Stadt*

Schliesslich hatte der Aufschwung auch im Innern des Stadtkantons Folgen: Einerseits sind die Auseinandersetzungen über die Verteilung des vorhandenen Wohlstands bzw. der Steuererträge schärfer geworden und andererseits hat die Abhängigkeit des Stadtkantons von einigen wenigen Industrien noch zugenommen (Pharma, Logistik).

## Herausforderungen für Basel

Ausgangspunkt für die Analyse der Herausforderungen für Basel-Stadt soll der Legislaturplan der Regierung des Kantons sein. Darin benennt sie zwölf Legislaturziele (Regierungsrat Kantons Basel-Stadt, 2017) und dazugehörig 38 Massnahmen. Sie sollen der Ausgangspunkt für die Analyse sein.

1. «Der Kanton Basel-Stadt ist als starkes Zentrum anerkannt» (nachfolgend *Zentrum*): Dabei sollen die Aussenbeziehungen zu den trinationalen Partnern und die Partnerschaft und Kooperationen mit anderen Kantonen (vor allem mit Basel-Landschaft) gestärkt werden sowie die Innenstadt aufgewertet werden.
2. «Der Kanton Basel-Stadt bleibt ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort» (*Wirtschaft*): Dafür soll das kantonale Steuergesetz reformiert werden und Wirtschaftsflächen weiterentwickelt werden.
3. «Der Kanton Basel-Stadt ist der Kern einer innovativen Wissensregion» (*Bildung*): die interkantonale Zusammenarbeit in Bildungsfragen soll dabei intensiviert, in Bildungs- und Forschungsbereich kooperiert und die Universität Basel gestärkt werden. Zudem soll Innovation gefördert und der Übertritt in Berufsausbildung, weiterführende Schulen und die Arbeitswelt besser gestaltet werden.
4. «Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gut» (*Kohäsion*): Hier soll die soziale Durchmischung gefördert, die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern vorangebracht werden. Zudem soll Beruf und Familie optimal vereinbar sein und das kantonale Integrationsprogramm umgesetzt werden.
5. «Der Kanton Basel-Stadt ist bestens erreichbar» (*Verkehr*): Die vorgesehen Massnahmen sind die Weiterentwicklung der trinationalen S-Bahn mit einem *Herzstück Basel*, die Realisierung eines leistungsfähigen Autobahnsystems und eines trimodalen Containerterminals, der Anschluss des EuroAirport ans Schienennetz sowie eine stadtgerechte Mobilität.
6. «Der Kanton Basel-Stadt ermöglicht Wohnraum für unterschiedliche Bedürfnisse» (*Raumplanung*): Auf Transformationsflächen und durch

Verdichtungen soll (vor allem auch preiswerter) Wohnraum geschaffen werden, aber auch neue Gewerbeflächen.

7. «Der Kanton Basel-Stadt löst seine Umweltaufgaben» (*Umwelt*): Dabei ist die Umsetzung einer neuen Gesamtstrategie Abfallentsorgung, die sorgfältige Nutzung des Grundwassers, die sichere Gestaltung von Gefahrguttransporten durch die Stadt, die Umsetzung eines neuen Energiegesetzes und die Pflege des Stadtgrüns vorgesehen.
8. «Das Kulturangebot ist vielfältig und erstklassig» (*Kultur*): Die Massnahmen in diesem Bereich sind die Verabschiedung einer Museumstrategie und die Erarbeitung eines Kulturleitbildes.
9. «Die Gesundheitsversorgung ist hochwertig, bezahlbar und für alle zugänglich» (*Gesundheit*): Die Regierung möchte dazu einen gemeinsamen Gesundheitsraum schaffen und dabei die Auswirkungen der demografischen Alterung berücksichtigen.
10. «Der Kanton Basel-Stadt verfügt über einen hohen Sicherheitsstandard» (*Sicherheit*): Dafür soll der Kanton auf neue Herausforderungen vorbereitet sein, die Gesetzgebung zeitgemäss angepasst werden, Massnahmen gegen häusliche Gewalt verstärkt, Kriminalität bekämpft und ein Verkehrssicherheitsplan ausgearbeitet werden.
11. «Das System der sozialen Sicherheit bleibt anpassungsfähig und akzeptiert» (*Soziales*): Das Kostenwachstum soll hier gebremst werden und die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Personen gefördert werden.
12. «Der Service public ist modern und kundenfreundlich» (*Service public*): Dabei soll die Digitalisierung als Chance genutzt werden und das Personalmanagement verbessert werden.

Auch die Fraktion der SP stellt jeweils Legislaturziele für alle oben genannten Bereiche auf (Grossratsfraktion SP Basel-Stadt, 2017) und schlägt zum Teil auch Massnahmen vor. Neben allgemeinen Zielen wie «Faire Löhne und Arbeitsbedingungen» (ebd.), gibt es nur wenige konkrete Ziele in den Bereichen *Raumplanung* (Sozialquote für Wohnungen im Finanzvermögen), *Soziales* (Tagesstrukturen auch in Schulferien) oder

*Verkehr* (eventuelle Wiedereingliederung der BVB). Die anderen Parteien in Basel-Stadt kennen keine konkrete Legislaturstrategie neben den Wahlprogrammen, die hier aber weg gelassen werden, da sie zwar die einzige langfristige Auseinandersetzung der Parteien mit mittelfristigen Zielsetzungen sind, aber kaum planungsstrategischer Natur sind oder sehr allgemein gehalten sind.

Des Weiteren hat die Handelskammer beider Basel Legislaturziele der Wirtschaft formuliert (Handelskammer beider Basel, 2017). Dabei präsentiert diese sechs Leitsätze und siebzehn Forderungen zu Standortqualität, Internationalität, Innovation, Arbeitsplatzschaffung, Digitalisierung und Deregulierung. Nachfolgend geordnet im Sinne der Kategorien des Legislaturplans des Kantons:

- *Wirtschaft*: Erhalt Personenfreizügigkeit, Umsetzung Steuervorlage 17, Senkung Vermögenssteuern.
- *Bildung*: Förderung Life Science-Cluster, Ausarbeitung Eignerstrategie Universität Basel, Fortführung MINT-Förderung, Gewährleistung harmonisierter Bildung.
- *Verkehr*: Finanzierung Herzstück, Unterstützung neues Container-terminal, Erhalt EuroAirport, Ausbau Hochleistungsstrassen.
- *Raumplanung*: Erhalt Wirtschaftsflächen.
- *Umwelt*: Streichung VOC-Abgabe, Streichung Energielenkungsabgaben.
- *Gesundheit*: Förderung gemeinsamer Spitalplanung.
- *Service public*: Steigerung Effizienz, Umgestaltung Gesetzgebung auf digitale Transformation.

Wenig überraschend finden die Themen *Kohäsion*, *Kultur* und *Soziales* keinen Eingang in das Wirtschaftspapier; gleiches gilt für die Themen Zentrum und Sicherheit.

Eine Diskursanalyse der Medien zu Herausforderungen des Kantons Basel-Stadt durchzuführen, könnte vielleicht weitere Tiefe und Schärfe hinsichtlich

der Problemstellung bringen; jedoch würde dies den Rahmen der Arbeit sprengen und muss hier weggelassen werden.<sup>1</sup>

Entsprechend der einleitend besprochenen Aufteilung der Herausforderungen des Staatstaats sollen die zwölf Ziele des Legislaturplans im Folgenden beleuchtet werden. Es handelt sich dabei um eine Vereinfachung, da keines der Themen eindeutig nur einem Bereich zuzuordnen wäre.

Bei *Wirtschaft, Kohäsion, Raumplanung, Umwelt, Sicherheit, Soziales* und *Service public* handelt es sich um Herausforderungen, die durch rein lokale Problemlösungsstrategien angegangen werden können. Auch wenn zum Beispiel der Klimawandel, Kriminalität oder eine erhöhte Sozialquote bei einer schweizweiten Wirtschaftskrise schwerwiegende Folgen hätten, ist die Stadt durch ihre gleichsam kantonale Obrigkeitfunktion mit den nötigen Mitteln ausgestattet, um den Herausforderungen gesetzgeberisch zu begegnen oder diese zumindest einzudämmen. Diese Themen sollen daher vorerst nicht direkt diskutiert werden.

Ebenfalls vorerst weggelassen werden soll das Thema *Verkehr*. Es handelt sich um ein Thema, das vor allem durch den eidgenössischen Willen in der Gesetzgebung und die Verteilung von Bundessubventionen beeinflusst wird.

Es bleiben somit die Themen *Zentrum, Bildung, Kultur* und *Gesundheit*. Auf das Thema *Gesundheit* soll hier auch nicht näher eingegangen werden, da mit der geplanten gemeinsamen Spitalplanung und einer allfällig gemeinsamen Spitalgruppe einige der grössten Probleme gelöst werden können (Gesundheitsdepartement Kanton Basel-Stadt, 2018). Fragen betreffend Krankenkassenprämien, die Abgeltung und das Verhältnis von ambulanter zu stationärer Versorgung etc. müssen auf eidgenössischer Ebene gelöst werden und sind somit ausserhalb der direkten kantonalen Kompetenz. Es bleiben also die Herausforderungen in den Bereichen *Zentrum, Bildung* und *Kultur*, welche hier näher angeschaut werden sollen.

---

<sup>1</sup> Ein Hinweis (zumindest auf die Sichtweise der JournalistInnen) böte allenfalls die von *bzBasel* und *TagesWoche* durchgeführte Wahlbefragung. Auch wenn diese kaum Aussagekraft zu den Wahlen hatte, zeigte sich, dass das Themen *Gesundheit* und *Wohnen* bzw. deren Kosten dominante Themen sind.

Dabei soll hier aber nicht näher auf Inhalte der Kultur oder Bildungspolitik eingegangen werden, sondern nur strukturelle Fragen im Fokus stehen.

### **Zentrum**

Drei Massnahmen sind für dieses Ziel («Basel-Stadt als starkes Zentrum») vorgesehen. Zum einen sollen die Aussenbeziehungen gepflegt werden (S. 10): aussenpolitisch die Interessenvertretung im Oberrheingebiet und innenpolitisch diejenige in Bern.

Die zweite Massnahme will die Partnerschaft mit anderen Kantonen stärken. Gemeint ist hier vor allem der Kanton Basel-Landschaft, mit welchem Basel-Stadt durch über hundert Staatsverträge verbunden ist.

Schliesslich soll auch die Innenstadt aufgewertet werden. Es handelt sich um ein weniger staatstragendes Problem. Trotz starkem Franken und steigenden Mietpreisen für Geschäfte in der Innenstadt wurde diese in der letzten Dekade attraktiver. Auch wenn hier noch Potentiale bestehen, scheinen diese durch lokale Strategien lösbar.

### **Bildung**

Mit fünf Massnahmen möchte hier die Regierung ansetzen: Erstens soll die interkantonale Zusammenarbeit mit den umliegenden Kantonen gefördert werden, zweitens sollen Kooperationen mit anderen Bildungs- und Forschungsinstitutionen gesucht werden. Drittes soll die Universität Basel gestärkt werden – als Volluniversität mit Life Science-Cluster. Schliesslich sollen viertens die Innovation gefördert und die Berufs- und Weiterbildung verbessert werden.

Für unseren Aspekt scheint hier vor allem der dritte Punkt als Ansatzpunkt, der aber wohl auch auf die anderen Punkte (sicher erstens, zweitens und viertens) Einfluss hat. Die Bedeutung dieses Aspektes zeigt sich auch im Legislaturplan der Handelskammer, sowie in den Parlaments- und Mediendebatten zum Thema (Abrecht, 2018).

### **Kultur**

Mit der Bildung verknüpft ist auch die Kultur, da dazu ebenfalls ein Staatsvertrag existiert, der die Finanzierung von Angeboten mit (mindestens)

regionaler Bedeutung sicherstellt. Die letzten Anpassungen daran haben ergeben, dass Basel-Stadt mehr Kosten (rund fünf Millionen Franken) übernehmen soll – in Zukunft dürften es sogar noch mehr (als das Doppelte) sein.



## **Lösungsansätze**

Im ersten Teil wurden die verschiedenen Herausforderungen aufgezeigt. Diese sollen nun auf den theoretischen Rahmen bezogen werden. Im Wesentlichen soll dabei auf den Bereich der Partnerschaft fokussiert werden: dieser bildet einen Rahmen, der für die basel-städtische Politik Einflussmöglichkeiten bietet. Im Gegensatz dazu ist die Bundespolitik schwieriger zu gestalten. Einzig ein verbessertes Lobbying bei den Bundesinstanzen und den Regierungskonferenzen, welches die basel-städtischen Interessen in einen Zusammenhang mit gesamtschweizerischen Interessen stellt, scheint hier eine Möglichkeit zu sein. Im Folgenden sollen aber nun jeweils ein möglicher Lösungsansatz besprochen werden, welche die Voraussetzungen von Systemen wiederherstellen: Differenz zwischen Umwelt und System, Autopoiesis und Stringenz der Operationen.

### **Wiederherstellung von Differenz**

Der naheliegendste Ansatz für die Herausforderung eines Stadtstaats wäre gleichsam die Antithese: nämlich seine Auflösung. Somit wären die Bereiche Bildung, Kultur, Zentrum(slasten) aber auch Gesundheit wieder in den systemischen Rahmen überführt. Da die umliegende Agglomeration auch in Deutschland und Frankreich liegt, ist dieser Lösungsansatz aber ohnehin nicht vollends möglich. Einzig eine Wiedervereinigung mit dem Kanton Basel-Landschaft wäre zumindest theoretisch durchführbar. Da dieser Versuch im September 2014 bereits mit einer Initiative im Kanton Basel-Landschaft scheiterte (Gerny, 2014), soll er hier nicht weiterverfolgt werden. Die Vorteile wären aber klar gewesen: Basel-Stadt hätte das Cluster-Risiko Pharma entschärfen können, Gesundheits-, Raumplanungs- und Verkehrsregime hätten demokratisch gestaltet werden können<sup>2</sup>, der Überalterung (vor allem von Baselland) hätte gemeinsam begegnet werden können und vieles weitere.

---

<sup>2</sup> Demokratisch im Sinne, dass nicht nur die Regierung und Verwaltung durch Staatsverträge partnerschaftliche Geschäfte verhandelt (und somit der parlamentarischen Diskussion faktisch entzieht).

## **Nutzen der Autopoiesis**

Um den Handlungsspielraum wieder zu vergrössern, könnte über einen autopoietischen Ansatz verfahren werden. Der naheliegendste wäre über die Finanzen, welche in Kanton Basel-Stadt zurzeit ausreichend vorhanden sind. Die Differenz zur Umwelt liesse sich damit zwar nicht aufheben, jedoch könnte das Ziel sein, das System derart selbstreferenziell zu gestalten, dass die verschwommene Differenz zwischen Umwelt und System nicht mehr relevant ist. Das würde bedeuten, durch entweder die Einnahme- oder die Ausgabeseite genügend Handlungsspielraum zu generieren.

Um dies zu erreichen, wäre entweder eine Änderung der Ausgabenpolitik nötig. Diese scheint aber zurzeit nicht mehrheitsfähig zu sein<sup>3</sup>: Ein Blick auf die Rechnung von Basel-Stadt (Finanzdepartement Kanton Basel-Stadt, 2018) zeigt, dass die grössten Kosten im Bildungsbereich anfallen. Vielleicht könnten innerhalb des Erziehungsdepartements Fachstellen gespart werden, aber das ausgebaute Bildungsangebot (das den erheblichen Teil der Kosten ausmacht), wird kaum in Frage gestellt. Des Weiteren sind auch die Sozialkosten ein grösserer und regelmässig ansteigender Posten. Aber auch hier gilt, dass es aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse unwahrscheinlich scheint, dass hier Kürzungen stattfinden (oder dass sie aufgrund der geltenden Bundesgesetze oder der SKOS-Richtlinien überhaupt möglich wären). Allenfalls bei den Prämienverbilligungen könnte Sparpotential bestehen, da Basel-Stadt den Prämienanstieg jeweils durch eine Erhöhung der Verbilligung nachvollzieht. Aber auch dies ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse unwahrscheinlich. Schliesslich wäre es noch möglich bei Investitionen zu sparen, um so die Rechnung kurzfristig zu entlasten. Allerdings gibt es bis anhin keinerlei Anzeichen für einen politischen Willen diesbezüglich.

Es bliebe letztendlich nur die Einnahmeseite so zu gestalten, dass noch mehr finanzpolitischen Spielraum entsteht – eingedenk dessen, dass die Jahresrechnungen seit Jahren positiv abschliessen und nicht selten mit

---

<sup>3</sup> Dies trotz des Entscheids des Grossen Rates vom 7. Februar 2018, das vorgezogene Budgetpostulat für die Begrenzung des zweckgebundenen Betriebsergebnisses für das Budget 2019 zu überweisen (Grosser Rat Kanton Basel-Stadt, 2018).

Ergebnissen von über 100 Millionen Franken. Im Rahmen der Steuervorlage 17 wird es hier allerdings Änderungen geben (Finanzdepartement Kanton Basel-Stadt, 2018). Bis anhin hat das Finanzdepartement das Ziel verfolgt, dass die Vorlage gleich viele Steuereinnahmen von juristischen Personen bringt. Zudem soll die Dividendenbesteuerung deutlich erhöht werden. Hier zeichnet sich also ein Nullsummenspiel ab. Bald wird zudem die Topverdiener-Initiative zur Abstimmung kommen (Grosser Rat Kanton Basel-Stadt, 2018). Diese sieht vor, Einkommen ab 200'000 Franken pro Jahr höher zu besteuern. Dass die Initiative erfolgreich sein wird, kann nach den bisherigen Debatten aber angezweifelt werden (ist aber durchaus möglich).

Vielversprechender wäre allenfalls die Wiedereinführung einer kantonalen Erbschaftssteuer, die auch Ehefrauen und -männer sowie direkte Nachkommen einbezieht. Da es sich um eine liberale Steuer handelt, könnte sie auch breitere Kreise ansprechen, jedoch müsste ein hoher Freibetrag definiert werden: dieser verhindert durch seine Höhe das eine breite Bevölkerung befürchten muss, von der Steuer betroffen zu sein. Gleichzeitig müsste wohl zum Beispiel die Einkommenssteuer (bzw. der dazugehörigen Freibetrag) gesenkt werden, damit die Chance besteht, dass ein solches Geschäft politisch überlebt.

Die Gefahr bei allen steuerlichen Massnahmen bleibt aber, dass es wenig evidente Sicherheit gibt, wie sich Veränderungen im Steuerregime langfristig auswirken – vor allem wenn es sich um Erhöhungen handelt. Gerade bei Änderungen der Erbschaftssteuer, aber aufgrund der in kleine Räume frakturierten Region auch bei der Einkommenssteuer, kann dies auch zur Abwanderung von Steuersubstrat führen. Solange ein Steuerwettbewerb wie der schweizerische besteht, scheint diese Strategie, den Handlungsspielraum durch eine fiskalpolitische Änderung zu vergrössern, ebenfalls nicht ratsam. Zudem ist hier ebenfalls anzuzweifeln, dass bei Überschüssen im dreistelligen Bereich die Bevölkerung bereit wäre, mehr Steuern zu bezahlen.

### **Erhaltung der Operationen**

Schliesslich bliebe noch die Stringenz der Operationen. Bisher scheinen diese die Voraussetzung zu sein, welche am wenigstens problematisch ist. Jedoch könnte hier ein Lösungsansatz bestehen, der sowohl die Stringenz

der Operationen zusätzlich und langfristig fördert und gleichzeitig auch die Differenz zwischen Umwelt und System erhöht und die Autopoiesis sichert.

Wie bisher gezeigt ist es wahrscheinlich, dass die Partnerschaft mit Basellandschaft aufrechterhalten werden kann und zumindest auch im Bereich der Gesundheit verbessert werden könnte. Die über hundert Staatsverträge bilden eine Basis für regionale Lösungsstrategien, sind aber auch mit systematischen Problemen behaftet. Gleichsam ist auch ein rein fiskalpolitischer Ansatz nicht zielführend, auch wenn wegen der strukturellen Vorgaben nur über finanzielle Freiräume neue Chancen für das Meistern der Herausforderungen besteht.

Ein Ansatz, der gleichsam beide vorigen Ansätze vereinigt, könnte deshalb die Bildung eines Fonds sein, der die Förderung des Handlungsspielraums des Kantons Basel-Stadt zur Aufgabe hätte. Im Wesentlichen würde sich dieser an der Idee des norwegischen Staatsfonds (Norges Bank, 2018). Dieser 2006 gegründete Fonds wird durch die Einnahmen aus der Ölförderung Norwegens alimentiert und darf nur ausserhalb von Norwegen anlegen. Bisher sind dies über 8'200 Milliarden norwegische Kronen (~855 Milliarden Euro). Damit soll Norwegen auch nach der Förderung und Verwertung der fossilen Ressourcen auf eine Finanzquelle zurückgreifen können.

Im selben Sinne könnte auch Basel-Stadt einen Fonds mit folgenden Aufgaben äufnen:

#### *Finanzierung von partnerschaftlichen Geschäften*

Da bei partnerschaftlichen Geschäften Finanzierungsbedürfnisse bestehen, könnten zum Beispiel der Universität auf diese Weise zusätzliche Mittel zur Schaffung von Professuren, Ausbildungsprogrammen oder staatlich gewünschten Forschungsprogrammen gewährt werden. Das gäbe Basel-Stadt bzw. der Universität zusätzliche Steuerungsmöglichkeit entlang den eigenen Interessen im Gegensatz zum relativ statischen Staatsvertrag. Auch könnten die kulturellen Institutionen aufrechterhalten werden, ohne auf die Unwägbarkeiten der Finanzierwilligkeit oder -vermögen von Baselland.

Dies sind beides Beispiele für vitale Bereiche für Basel-Stadt: eine starke Universität ist für die Wirtschaft entscheidend (gerade im Life Science-

Sektor), aber ermöglicht auch allerhand Nebeneffekte für die Gesellschaft. Die Universität ist damit wohl einer der wichtigsten Standortfaktoren für Basel.<sup>4</sup> Gleichzeitig gilt dies auch für die Kultur, gemeint hier sowohl Hoch- (Theater, Museen) als auch Subkultur. Jedoch ist hier der finanzielle Einsatz kleiner, auch wenn befürchtet werden muss, dass aufgrund des scheidenden Mäzenatentums auch hier mehr finanzielle Mittel nötig werden.

#### *Investitionen im laufenden Budget*

Ähnlich dem norwegischen Staatsfonds soll auch die Regierung bzw. der Grosse Rat aus dem Fonds Gelder für Investitionen im laufenden Budget entnehmen können. Zu denken wäre hier zum Beispiel, die Schaffung einer sozialen Abfederung bei einer Wirtschaftskrise oder eine Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur, welche normalerweise nicht von Basel-Stadt alleine zu bewältigen ist. Langfristig könnte der Fonds es ermöglichen, eigenständig auch grössere Projekte wie S-Bahn oder Hafeninfrastuktur anzugehen, ohne sich hoch zu verschulden – insbesondere bei einem sich ändernden Zinsumfeld.

#### *Planungsinitiative*

Zudem sollte er im Sinne der Verbesserung der Stringenz der Operationen auch der Bevölkerung direkt zur Verfügung stehen. Zurzeit kennt der Grosse Rat einen sogenannten Planungsanzug, der Einfluss auf den jeweiligen Budgetbericht nehmen kann und bis 2008 sogar auf den Legislaturplan (Grosser Rat Kanton Basel-Stadt, 2018). Dieses parlamentarische Instrument ist verwaist und fand letztmals 2010 Anwendung. Deshalb soll dieses Instrument dergestalt geändert werden, dass es in eine Planungsinitiative umgewandelt wird. Im Gegensatz zur normalen Initiative müsste sich hier um klar definierte Projekte handeln, welche keine Anpassung der Verfassung bedürfen. Also beispielsweise eine Tramverbindung von A nach B. Ob sich die Initiative bei einem Zustandekommen an den Grossen Rat richtet oder an die Bevölkerung müsste noch geklärt werden.

---

<sup>4</sup> Ganz abgesehen davon, dass die Universität dies schon seit der Gründung 1460 ist – neben der günstigen geographischen Lage.

### *Zukunftssicherung*

Ein wesentlicher Teil soll aber auch ein Sparen für zukünftige Generationen sein. Denn ähnlich wie Norwegen ist Basel-Stadt von einem Klumpen-Risiko betroffen. Fällt die Pharma-Industrie in Basel weg, ziehen Holdings aus oder ändert sich die Logistik (Hafen und Flughafen), ist der Kanton Basel-Stadt wirtschaftlich mindestens angeschlagen und braucht Rücklagen, um sich neu orientieren zu können. Die Anlagen sollten aber im Gegensatz zum norwegischen Staatsfonds ethischen Richtlinien genügen, im Sinne des Kantons Basel-Stadt geschehen und die natürlichen Lebensgrundlagen der nächsten Generationen respektieren.

### *Ausgestaltung des Fonds*

Der Fonds müsste in einem ersten Schritt auf zehn Jahre angelegt werden, so dass nach einer Evaluation dieser auch wieder stillgelegt werden könnte.

Die Alimentierung müsste über die laufenden Rechnungen geschehen. Anstatt in den Schuldenabbau zu investieren, sollten jeweils ein Betrag in den Fonds fliessen: Denn Basel-Stadt ist zurzeit ein wirtschaftlich erfolgreicher Kanton mit Einnahmen von rund vier Milliarden Franken jährlich, wobei zwei Drittel davon von natürlichen Personen stammen. Die Verschuldungsquote liegt bei knapp über drei Promille, also weit unter der Schuldenbremse. Das aktuell tiefe Zinsniveau macht momentan Schulden zusätzlich attraktiv, insbesondere wenn ein Schuldner wie Basel-Stadt über reiche Einnahmequellen verfügt, um im Bedarfsfall auch diese schnell wieder zu decken. Stattdessen sollte der Fonds Totalerträge der Jahresrechnung von über 100 Millionen Franken aufnehmen bis zu einem Maximalbetrag von 100 Millionen pro Jahr. Das würde bedeuten, dass wenn die Rechnung mit 101 Millionen Überschuss abschliesst, eine Million in den Fonds eingeschossen wird, schliesst sie mit 199 Millionen Überschuss ab, fliessen 99 Millionen und bei 201 Millionen Überschuss wären es 100

Millionen, während die nächste Million wieder anderweitig verwendet werden dürfte und so weiter.<sup>5</sup>

Betrachtet man nun die Finanzplanung 2019-2021 (Finanzdepartement Kanton Basel-Stadt, 2018, S. 23), würde ein solcher Fonds folgende Alimentierung erfahren: 2019: 34.7 Millionen, 2020: 55.9 Millionen und 2021: 30.9 Millionen Franken.

Es ergäbe sich daraus total 121.5 Millionen Franken schon nach drei Jahren. Es müsste hiernach ein Verteilschlüssel definiert werden. Eine Möglichkeit könnte sein diesen wie folgt zu gestalten: Mindestens die Hälfte des Fonds muss ausserhalb von Basel-Stadt angelegt werden (Aktien, Anleihen, Wertpapiere und Immobilien), maximal je ein Sechstel oder 20 Millionen soll für partnerschaftliche Geschäfte, für das laufende Budget, für die Planungsinitiative reserviert werden.

Basel-Stadt würde somit schliesslich ein Instrument erhalten, um die Stringenz der Operationen auf Generationen hinaus zu gewährleisten, die Autopoiesis zu sichern und gleichzeitig die Differenz zur Umwelt zu stärken, ohne diese dabei zu tangieren.

---

<sup>5</sup> Dies hätte den zusätzlichen Effekt, dass Überschüsse für den Kanton zwar attraktiv sind. Aus Sicht einer Regierung würden also jeweils möglichst kleine Überschüsse angepeilt, um nicht unnötig viel Geld in den eigenen kurzfristigen Handlungsspielraum wegzugeben.

## **Fazit**

Ein Zukunftsfonds könnte für Basel-Stadt ein Ansatz für die längerfristige Wiederherstellung der Souveränität des Stadtstaats Basel sein: solange der finanzielle Spielraum vorhanden ist, würde er es ermöglichen, kurzfristige Probleme regionaler oder lokaler Natur zu lösen. Zudem würde dieser der Bevölkerung ein direktes Handlungsinstrument geben, ohne dass dadurch die Verfassung und Gesetze geändert werden müssten. Schliesslich wäre ein solcher Fonds auch eine Investition in die Zukunft, welche nicht auf die unmittelbaren politischen Veränderungen antworten bieten muss.

Die vorliegende Arbeit ist keine Handlungsanweisung, sondern will einen Ansatz zur Lösung der strukturellen Problematik des Kantons Basel-Stadt als Stadtstaat darlegen. Dabei habe ich mich dem Luhmann'schen Systemkonstrukt bedient, das hier im Sinne der Organisationsform interpretiert wird und den Blick auf die Herausforderungen schärft. In einem nächsten Schritt müsste die Vision des vorgeschlagenen Fonds gesellschaftlich und auch politisch verankert, gesetzeskonform formuliert und schliesslich öffentlich verhandelt werden. Dieser Aufgabe kann diese Arbeit nicht nachkommen. Ein solcher Prozess kann dabei helfen, den hier nur kurz skizzierten Vorschlag zu verbessern. Schliesslich wäre auch der in der Arbeit fehlende Aussenblick oder der Vergleich mit ähnlichen Problemlagen oder ähnlichen Lösungsansätzen und deren Erfolg fruchtbar.



## Literaturverzeichnis

- Abrecht, S. (31. Januar 2018). 100-Millionen-Fonds für die Uni. *Basler Zeitung*. Abgerufen am 2. Februar 2018 von <https://bazonline.ch/basel/stadt/100millionenfonds-fuer-die-uni/story/22779486>
- Ballmer, D. (6. Dezember 2017). Delegation beider Basel uneins: Bürgerliche stimmen im Nationalrat gegen die Uni Basel. *bzBasel*. Abgerufen am 2. Februar 2018 von <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/delegation-beider-basel-uneins-buergerliche-stimmen-im-nationalrat-gegen-die-uni-basel-131974912>
- Bayer, E., & Wende, F. (1995). *Wörterbuch der Geschichte*. Stuttgart: Alfred Körner Verlag.
- Beard, M. (2015). *SPQR - Die tausendjährige Geschichte Roms*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Eidgenössisches Finanzdepartement. (31. Januar 18). *Eidg. Finanzdepartement - Nationaler Finanzausgleich*. Von <https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/themen/finanzpolitik/nationaler-finanzausgleich/fb-nationaler-finanzausgleich.html> abgerufen
- Finanzdepartement Kanton Basel-Stadt. (31. Januar 2018). *Budgetbericht 2018*. Von <http://www.fv.bs.ch/budget-planung.html> abgerufen
- Finanzdepartement Kanton Basel-Stadt. (3. Februar 2018). *Jahresbericht*. Von Jahresbericht: <http://www.fv.bs.ch/jahresbericht.html> abgerufen
- Finanzdepartement Kanton Basel-Stadt. (3. Februar 2018). *Steuervorlage 17*. Von Steuervorlage 17: <http://www.fd.bs.ch/dossiers/steuervorlage-17.html> abgerufen
- Gerny, D. (28. September 2014). Baselbiet fegt Wiedervereinigung vom Tisch. *Neue Zürcher Zeitung*. Abgerufen am 3. Februar 2018 von <https://www.nzz.ch/schweiz/abstimmungen/front-der-ablehnung-im-baselbiet-1.18392577>
- Gesundheitsdepartement Kanton Basel-Stadt. (3. Februar 2018). *Gesundheitsregion beider Basel*. Von Gesundheitsregion beider Basel:

<http://www.gd.bs.ch/dossiers-projekte/gesundheitsregion.html>  
abgerufen

Grosser Rat Basel-Stadt. (11. November 2015). Grossratsbeschluss zum Ratschlag betreffend Grossratsbeschluss zur Stärkung der Partnerschaft BL/BS. *Grossratsbeschluss*. Basel. Abgerufen am 3. Februar 2018 von [http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank?such\\_kategorie=1&content\\_detail=200107528](http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank?such_kategorie=1&content_detail=200107528)

Grosser Rat Kanton Basel-Stadt. (10. Februar 2018). *Grosserratsgeschäft 17.5456*. Von Grosser Rat Kanton Basel-Stadt: [http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank?such\\_kategorie=1&content\\_detail=200108890](http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank?such_kategorie=1&content_detail=200108890)  
abgerufen

Grosser Rat Kanton Basel-Stadt. (3. Februar 2018). *Grossratsgeschäft 16.1597*. Von Grossratsgeschäft 16.1597: [http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank?such\\_kategorie=1&content\\_detail=200108385](http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank?such_kategorie=1&content_detail=200108385)  
abgerufen

Grosser Rat Kanton Basel-Stadt. (3. Februar 2018). *Planungsanzug*. Von Planungsanzug: <http://www.grosserrat.bs.ch/de/component/content/article/22-politwoerterbuch/212-planungsanzug> abgerufen

Grossratsfraktion SP Basel-Stadt. (2017). *Legislaturziele*. Basel: SP Basel-Stadt.

Handelskammer beider Basel. (2017). *Legislaturplan der Wirtschaft 2018-2021*. Basel: Handelskammer beider Basel.

Hobsbawm, E., & Ranger, T. (2012). *The Invention of Tradition*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hofer, F., Bestgen, M., & Mittelmeier, N. (2016). *Ergebnisbericht Bevölkerungsbefragung 2015*. Basel: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt. Abgerufen am 31. 1 18 von

<http://www.statistik.bs.ch/dam/jcr:04774b11-0621-49bb-ac5d-056c24c1a6f7/Bericht-Bevoelkerungsbefragung-2015.pdf>

Hummler, K., & Jaeger, F. (2011). *Stadtstaat – Utopie oder realistisches Modell?* Zürich: Neue Zürcher Zeitung.

Luhmann, N. (1987). *Soziale Systeme - Grundriss einer allgemeinen Theorie* (1. Ausg.). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Luhmann, N. (2008). *Ökologische Kommunikation; Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* (5. Ausg.). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Miegl, H. A., & Heyl, C. (2013). *Stadt. Ein interdisziplinäres Handbuch.* Stuttgart; Weimar: J. B. Metzler.

Norges Bank. (3. Februar 2018). *Norges Bank Investment Management.* Von Norges Bank Investment Management: <https://www.nbim.no/en> abgerufen

Regierungsrat Kanton Basel-Stadt. (2017). *Erläuterungsbericht Kantonaler Richtplan - Anpassung Siedlungsentwicklung.* Basel: Regierungsrat Kanton Basel-Stadt. Abgerufen am 31. Januar 18 von [http://www.richtplan.bs.ch/dam/jcr:c10abb5d-5a0d-49a0-a5c2-02cda3f35bb2/Richtplan\\_Erlaeuterungsbericht.pdf](http://www.richtplan.bs.ch/dam/jcr:c10abb5d-5a0d-49a0-a5c2-02cda3f35bb2/Richtplan_Erlaeuterungsbericht.pdf)

Regierungsrat Kantons Basel-Stadt. (2017). *Legislaturplan 2017-2021.* Basel: Kantons Basel-Stadt.

sda. (2. Dezember 2016). Alle stehen hinter dem Basler Energiegesetz – Initiative «Basel erneuerbar» wird zurückgezogen. *TagesWoche.* Abgerufen am 31. Januar 18 von <https://tageswoche.ch/allgemein/alle-stehen-hinter-dem-basler-energiegesetz-initiative-basel-erneuerbar-wird-zurueckgezogen/>

Simonsen, L. (15. September 2017). Abgelehnt: Baselland soll das Bruderholz opfern. *bzBasel.* Abgerufen am 2. Februar 2018 von <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/abgelehnt-baselland-soll-das-bruderholz-opfern-131712974>

Spirgi, D. (11. Dezember 2017). Basel wird immer reicher und zählt immer mehr Arme. *TagesWoche*. Abgerufen am 31. 1 2018 von <https://tageswoche.ch/allgemein/basel-wird-immer-reicher-und-zaehlt-immer-mehr-arme/>

Statistisches Amt Kanton Basel-Stadt. (2017). *Statistisches Jahrbuch Kanton Basel-Stadt*. Basel. Abgerufen am 31. Januar 18 von <http://www.statistik.bs.ch/ueber-uns/dienstleistungen/auskunft-und-beratung/statistisches-jahrbuch.html>

## **Selbstständigkeitserklärung**

„Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus Quellen entnommen wurden, habe ich als solche gekennzeichnet. Mir ist bekannt, dass ich andernfalls nicht zum Bezug des Zertifikats berechtigt bin und dieses auch rückwirkend als gegenstandslos betrachtet werden kann.“

Basel, 13. Februar 2018

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'O' followed by a series of loops and a long horizontal stroke extending to the right.

Oliver Thommen